



RECHENSCHAFTSBERICHT 18. LEGISLATURPERIODE

2014 - 2017

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Grüne bringen das Land nach vorn!



Von Eka von Kalben

Fast fünf Jahre haben wir nun erfolgreich in der Küstenkoalition regiert.

Am Anfang stand, genau wie jetzt im November, ein Parteitag, der ein Programm verabschiedet hat. Ein Programm, welches stets der Kompass unserer Fraktion war.

Natürlich muss man Kompromisse machen. Weil einer der Koalitionspartner bremst (vor allem im Innen- und Rechtsbereich), weil die Bundesgesetzgebung nicht mitmacht (z.B. im Flüchtlingsbereich), weil die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Widerstände Kompromisse nötig machen (z.B. bei Umwelt und Landwirtschaft) und weil schlicht jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann (z.B. für Bildung und Soziales). Trotz allem haben wir viel erreicht und damit die Wirklichkeit in Schleswig-Holstein verändert.

Natürlich gab es auch Themen, die neu aufkamen und die bei uns – genau wie im Rest der Gesellschaft und in der Partei – kontrovers diskutiert wurden. Beispielsweise: Wie setzen wir konsequent die Energiewende um, wenn Menschen den zunehmenden Ausbau der Windenergie oder der Stromnetze kritisieren?



Wie setzen wir auf den Schutz der Bürgerrechte, wenn bestehende Ängste in der Bevölkerung noch geschürt werden und nach mehr Überwachung gerufen wird?

Wie tarieren wir das Gleichgewicht zwischen Haushaltskonsolidierung und notwendigen Investitionen in die Zukunft?

Trotz kontroverser Diskussionen: Wir haben als Team gearbeitet und unsere Grüne Geschlossenheit war auch unser Pfund in der Koalition. Wir haben Eure Beschlüsse umgesetzt und Schleswig-Holstein ökologisch, gerecht und weltoffen mitgestaltet.

Als Fraktion, in der Regierung und als Grüner Landesverband insgesamt.

Unser Erfolg ist ein Gesamtwerk und dabei haben nicht nur 10 Landtagsabgeordnete mitgewirkt, sondern auch alle Mitarbeiter*innen unserer Fraktion, sowie Monika Heinold und Robert Habeck mit ihren Teams.

Es bleibt viel zu tun und ich freue mich auf ein forderndes Parteiprogramm und hoffentlich wieder einen Grünen Koalitionsvertrag.



Von links nach rechts; Reihe oben: Anke Erdmann, Burkhard Peters, Rasmus Andresen, Detlef Matthiesen, Bernd Voß
Reihe unten: Andreas Tietze, Marlies Fritzen, Ines Strehlau, Marret Bohn, Eka von Kalben

Themen: Haushalt/Finanzen, Hochschule, Queer, Minderheiten und Kampf gegen Rechts



Von Rasmus Andresen

Die sechs wichtigsten Punkte aus meiner politischen Arbeit:

1. Bessere Hochschulen

Wir haben unsere Hochschulen finanziell deutlich besser ausgestattet, demokratisiert und für den doppelten Abiturjahrgang fit gemacht. In einem dreijährigen Dialog mit den Hochschulen, den Studierenden und weiteren Organisationen haben wir ein modernes Hochschulgesetz verabschiedet.

2. Medienkompetenz und Digitalisierung

Die Digitalisierung verändert unser Land. Unser Ziel ist es, alle Menschen für die Digitalisierung fit zu machen, deshalb stellen wir die Medienkompetenz in unserem Land neu auf. Der Offene Kanal, die Hochschulen in Flensburg und Lübeck, sowie weitere kleine Einzelprojekte werden in einem neuen Medienkompetenzprojekt gebündelt werden. Wir wollen in den nächsten fünf Jahren jede Schule mit einem Breitbandanschluss ausstatten und an vielen öffentlichen Plätzen WLAN-Hotspots unterstützen.

3. Grüne als Ansprechpartner*innen für kreative Gründer*innen

Bei uns im Land gibt es viele kreative Gründer*innen, die sich mit sozial-ökologischen Ideen auf den Weg machen. Sie lechzen nach Förderstrukturen, die nicht einseitig auf Wachstum ausgelegt sind, sondern nach Freiräumen, um Ideen entwickeln zu können. Durch ein Fachgespräch haben wir den Dialog mit den Gründer*innen begonnen. Unser Ziel muss sein, mit ihnen gemeinsam unsere Wirtschaftsstruktur umzubauen. Dazu wollen wir auch in Schulen und Hochschulen Gründergeist fördern und sozial ökologische Projekte unterstützen.

4. Abbau umweltschädlicher Subventionen

In öffentlichen Haushalten gibt es viele verdeckt umweltschädliche Subventionen. Die müssen wir abbauen. Als ersten Schritt haben wir in der Koalition durchgesetzt, diese in einem Bericht aufzuschlüsseln. Dies ist ein Anfang, um sie abzuschaffen. Anfang 2017 legt Monika Heinold den Bericht vor, danach ziehen wir unsere Schlüsse.

5. Präventionsprogramme gegen Rechts

Rechte Gewalt und rassistische Stimmungsmache nehmen leider auch bei uns im Land zu. Dagegen hilft unter anderem Präventionsarbeit. Wir haben deshalb vor drei Jahren Beratungszentren an fünf Orten im Land eingerichtet und sie über den Landeshaushalt jährlich finanziell weiter gestärkt. Unser Ziel ist es, weitere Beratungszentren in der Fläche einzurichten.

6. Sexuelle Vielfalt fördern

Auf Schleswig-Holsteins Schulhöfen ist „schwul“ immer noch eines der meist benutzten Schimpfwörter. Um mehr Akzeptanz für sexuelle Minderheiten zu schaffen, haben wir einen Aktionsplan für sexuelle Vielfalt und gegen Homo-, Bi- und Transphobie ins Leben gerufen. Auf unsere Initiative hin wurde erstmalig im Landtag ein Antrag zur Stärkung der Rechte für Trans- und Intersexuelle beschlossen.

Wir fördern über den Haushalt 2017 mehrere Projekte aus dem Queerbereich, nicht nur in Kiel und Lübeck, sondern auch an der Westküste und in anderen Regionen. Mit der Förderung des Schulaufklärungsprojektes unterstützen wir, dass sexuelle Vielfalt in den Schulen altersgerecht, projektorientiert und durch persönliche Erfahrungen vermittelt wird.

Themen: Gesundheit und Pflege, Familie, Kinder und Jugend, Frauen und Gleichstellung



Von Marret Bohn

Die wichtigsten Punkte aus meiner politischen Arbeit:

Krankenhäuser

Mit einem Sonderprogramm Krankenhausförderung und dem Investitionsprogramm „IMPULS 2030“ haben wir die Situation für Patient*innen und Personal in den Krankenhäusern verbessert. Wir bauen den Investitionsstau in der medizinischen Versorgung Schritt für Schritt ab und investieren in moderne Krankenhäuser.

Frauenhäuser, Mädchenhaus und Frauenberatungsstellen

Das Frauenhaus Norderstedt hat durch Grüne Initiative einen Neubau bekommen, die Gesamtmittel für Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen sind deutlich aufgestockt worden. Im kommenden Jahr werden weitere Mittel für den steigenden Bedarf und für geflüchtete Frauen bereitgestellt.

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum und Geburtshilfe

Das Krankenhaus Brunsbüttel wird durch unseren gemeinsamen Grünen Einsatz zum bundesweiten Modellprojekt für die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum. Wir haben eine transparente und ehrliche Analyse der Situation der Geburtshilfe und Hebammen im gesamten Land, besonders aber in Nordfriesland und Ostholstein, auf den Weg gebracht.

Gesundheitsversorgung von Asylbewerber*innen

Wir haben die Gesundheitskarte für Asylbewerber*innen eingeführt. Wir sind das erste Bundesland, in dem sich alle Kommunen beteiligen. Wir haben Mittel für die Therapie traumatisierter Geflüchteter bereitgestellt.

Pflege

Die demokratische Selbstvertretung für Pflegende wird durch die Errichtung einer Pflegekammer möglich. Wir haben 900 zusätzlich geförderte Ausbildungsplätze in der Altenpflege geschaffen, die Ausbildung in der Altenpflege ist endlich kostenfrei und es gibt nun ein duales Pflegestudium.

Beratungsangebote und Prävention sexueller Gewalt
Wir haben das Beratungsangebot für männliche Opfer sexueller Gewalt gesichert, ein Beratungsangebot für Prostituierte wird aufgebaut. Die Bundesratsinitiative zur Novellierung des Sexualstrafrechts „Nein heißt Nein“ haben wir erfolgreich umgesetzt.

Menschen mit Behinderung

Inklusion geht nach der Schule weiter: Mit dem Aktionsplan für Menschen mit Behinderung bauen wir Barrieren Schritt für Schritt ab und setzen die UN-Behindertenrechtskonvention um. Wir haben die Eingliederungshilfe modernisiert und ein Budget für Arbeit eingeführt.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Wir Grüne haben das Wahlalter auf 16 gesenkt, die Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen gestärkt und eine Ombudsstelle in der Kinder- und Jugendhilfe geschaffen. Jetzt bauen wir die demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen weiter aus!

Fragen oder mehr Infos gewünscht? Meldet Euch sehr gerne persönlich, per Mail marret.bohn@gruene.ltsh.de oder bei Facebook.

Danke an alle, die die Initiativen unterstützt und begleitet haben!

Themen: Schule und Kita



Von Anke Erdmann

Seit 2012 konnten wir vieles erreichen.

Wir haben:

1. Seit 2012 durch einen erfolgreichen Bildungsdialog den Schulfrieden erreicht, die Schulen haben nun mehr Stellen und eine bessere Ausstattung.
2. Unter anderem BAföG-Mittel in Höhe von 36,4 Millionen Euro pro Jahr primär in die Verbesserung der Unterrichtsversorgung investiert.
3. 20 Millionen Euro mehr für Schulsozialarbeit und Schulbegleitung gegeben.
4. 542 Schulassistenten an unseren Grundschulen und 100 zusätzliche Förderlehrkräfte für bessere Inklusionsbedingungen eingesetzt.
5. Die Plätze für Nachwuchslehrkräfte ausgebaut.
6. 40 Millionen Euro mehr für Qualität an Kitas in diesem Jahr bewilligt, unter anderem die Finanzierung einer zweiten Kraft am Nachmittag für Kinder ab drei Jahren, hundert neue Familienzentren und den Ausbau der Fachberatung.
7. Den Krippenausbau mit den Kommunen finanziert, die Ausgaben für Kitas haben wir von 100 Mio. im Jahr 2012 auf rund 230 Mio. Euro im Jahr in 2017 erhöht.
8. Siebzehn neue Oberstufen an Gemeinschaftsschulen eingerichtet.

9. Ein neues Besoldungsgesetz für mehr Lohngleichheit in Lehrerzimmern an Gemeinschaftsschulen verabschiedet.

10. Eine Vereinbarung über ein Krippengeld ab 2017 für alle Krippen-Kinder, damit wir nicht weiter bundesweit im Durchschnitt die zweithöchsten Elternbeiträge haben.

11. Kleine Dorfschulen gestärkt, unter anderem durch die Absenkung der Mindestgröße von Außenstellen und die Einführung einer Experimentierklausel.

12. Den „Schul-TÜV“ wieder eingeführt.

13. Die notenffreie Grundschule ermöglicht und die verbindliche Übergangsempfehlung abgeschafft.

14. Zehn „plietsch“-Veranstaltungen zu Inklusion, Flüchtlingen und Partizipation mit mehr als tausend Teilnehmer*innen durchgeführt.

15. Schulen beim digitalen Lernen Rückenwind gegeben.

16. Das Lehrkräftebildungsgesetz verabschiedet – gemeinsam mit Rasmus Andresen und Ines Strehlau.

17. Freie Schulen besser finanziert.

Im Bereich geflüchtete Kinder und Jugendliche in Kita und Schule haben wir:

1. Bislang 920 Stellen für 8.000 geflüchtete Kinder und Jugendliche in unseren Schulen bewilligt, Tendenz steigend.

2. Spezielle Fortbildungen für Lehrkräfte sowie Ferien- und Nachmittagsbetreuung für die neuen Schüler*innen ermöglicht.

3. Die Sprachförderung an Kitas massiv ausgebaut. Ich habe in den vergangenen fünf Jahren mehr als hundert Vormittage in den Schulen und Kitas im Land verbracht. Dort habe ich viele tolle Gespräche geführt, spannende Menschen kennen gelernt und erlebt, wie erfolgreich unsere Politik wirkt.

Fragen? Anregungen? Soll ich eine Schule oder Kita bei Euch besuchen? Meldet Euch einfach!



Themen: Umwelt, Naturschutz und Kultur



Von Marlies Fritzen

Umweltpolitik

Für den Umweltbereich haben wir den Koalitionsvertrag erfolgreich abgearbeitet. Ende April hat der Landtag das neue Landesnaturschutzgesetz beschlossen. Seit dem 24. Juni ist es in Kraft. Der Naturschutz im Land wurde gestärkt.

15 Prozent der Landesfläche sollen zukünftig als Biotopverbund dienen. Darin sind zwei Prozent Wildnisgebiete enthalten. Die für Schleswig-Holstein typischen Knicks werden besser geschützt. Das arten- und strukturreiche Grünland steht unter Biotopschutz. Naturwaldflächen werden rechtlich gesichert. Gentechnisch veränderte Organismen werden in und im Umfeld von Naturschutzgebieten verboten.

Das Vorkaufsrecht wird wieder eingeführt. Beauftragte und Beiräte für den Naturschutz werden für die Kreise verpflichtend. Damit wird der ehrenamtliche Naturschutz gestärkt. Mit dem Haushalt 2016 haben wir die Förderung für die Naturschutzverbände deutlich angehoben. Auch der Vertragsnaturschutz wurde gefördert. Ein landesweites Ausgleichsflächenkataster ist im Aufbau. Gemeinsam mit dem Bund und den übrigen Küstenländern hat Schleswig-Holstein ein Maßnahmenprogramm für den Meeresschutz beschlossen. Beim Gewässerschutz wurden wichtige Fortschritte erzielt. Doch der Bund verschleppt die dringend erforderliche Novellierung



Die Broschüre zum downloaden:
<http://gruenlink.de/1atg>

der Düngeverordnung. Hier müssen wir weiterhin, gemeinsam mit anderen grün mitregierten Ländern, im Bundesrat Druck machen.

Kulturpolitik

Kulturelles Erbe bewahren, kulturelle Teilhabe und kulturelle Bildung – das ist der kulturpolitische Dreiklang der Küstenkoalition.

Die Vergangenheit reicht weit in die Zukunft hinein, wenn wir uns unserer Wurzeln erinnern und vor dem Hintergrund unserer Geschichte das Heute gestalten. Gerade wir in Deutschland wissen, dass wir dem neu aufkommenden Nationalismus und der Ausgrenzung von „Fremdem“ entschieden entgegen treten müssen. Auch das heißt „Kulturelles Erbe bewahren“. Deshalb haben wir die Arbeit der Gedenkstätten in den letzten Jahren kontinuierlich finanziell und personell gestärkt.

Mit dem Projekt „Kultur trifft Schule – Schule trifft Kultur“ werden wichtige Netzwerke zwischen Schulen und Kreativen geknüpft. Kulturelle Bildung steht weiter oben auf der Agenda und schafft die Grundlage für kreative Teilhabe. Im ländlichen Raum unterstützen wir dies durch die Einrichtung von Kulturknotenpunkten als kreisübergreifende Zusammenarbeit von Kulturschaffenden und Bildungsträgern.

Vielfalt von Kulturen und Werten – das ist gelebte gesellschaftliche Wirklichkeit im Land. Für uns Grüne ist eine starke Kulturpolitik die Grundlage für einen emanzipierten Diskurs darüber.

Ein Highlight zum Schluss: Die Cambrai-Kaserne in Lübeck wird im nächsten Jahr vom Land an die deutsche Rockmusikstiftung verkauft. Die 150 Musiker*innen, die dort spielen, üben, lehren und produzieren, können weiter machen. Nun soll dort ein Zentrum für Musikkultur aufgebaut werden. **Grün wirkt.**



Themen: Migration, Religion und Ehrenamt



Von Eka von Kalben

Wir haben im letzten Jahr kurzfristig 35.000 Menschen Obdach in der Not gegeben. Und ich finde: Das hat - bei allen Problemen - echt gut geklappt. Wir mussten dabei viele Kröten schlucken. Quantität ging häufig vor Qualität. Gar nicht so sehr im Kampf gegen unsere Koalitionspartner*innen, sondern meist schlicht in Folge von Sachzwängen.

Nun gilt es, auch unter erschwerten Bedingungen im Bund, Standards dort zu halten, wo es in Ordnung ist, und da auszubauen, wo es doch arg dürrig aussieht. Wir haben ordentlich Deutsch als Zweitsprache-Stellen geschaffen, so dass wir nun auf 552 Stellen allein in diesem Bereich kommen. Insgesamt haben wir die Lehrer*innenstellen sogar um 920 aufgestockt, weil die geflüchteten Kinder und Jugendlichen ja nicht nur Deutsch lernen sollen. Davon profitieren alle Kinder in unserem Land.

Wir haben die Migrationsberatung um 1,8 Millionen auf 3,7 Millionen Euro aufgestockt, die Kommunen unterstützt, die Mittel für Traumaberatung erhöht, die Sprachförderung für Kitas kräftig ausgebaut und noch viele weitere Erfolge errungen. Das kann sich, gerade auch im Vergleich zu anderen Ländern, wirklich gut sehen lassen!

Der Bund sortiert kräftig weiter und schließt immer größere Gruppen Geflüchteter von seinen Integrationsangeboten aus. Mit unserem Starterpaket für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein und Maßnahmen aus dem Wirtschaftsministerium haben wir spezielle Angebote für Geflüchtete im Gepäck, die der Bund nicht ver-

sorgt, z.B. aus Afghanistan. Wir haben uns im Landtag auch deutlich dafür ausgesprochen, nicht nach Afghanistan abzuschieben.



Bei den Verhandlungen zu einem Islamvertrag ist es uns nicht gelungen, unsere Koalitionspartner zu überzeugen. Vielleicht nicht verwunderlich, war die Frage doch auch bei uns lange umstritten. Aus meiner Sicht muss der Dialog weitergehen. Dafür setze ich mich auf allen Ebenen ein.

Last but not least habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Ehrenamtskarte ausgeweitet wird. Wir haben erreicht, dass Koordinator*innen im Land die Arbeit des Ehrenamts - auch in Verbindung mit dem Hauptamt - gut vernetzen und unterstützen. Ohne das Ehrenamt hätten wir das letzte Jahr nicht bewältigen können - dafür an dieser Stelle, auch an euch alle, ein ganz großes Dankeschön!

Themen: Energie, Fahrrad, Industrie und Tierschutz



Von Detlef Matthiessen

Atom

Die ewigen Lasten der Atomkraft wurden gerade in Schleswig-Holstein offensichtlich. Durchrostete Fässer in Brunsbüttel, technischer Ausfall zweier AKW seit 2007 etc. Wir übernehmen Verantwortung für diese Altlasten der Allgemeinheit.

Energiewende

Es wurde aber auch ein erster Grüner Traum wahr: 2015 kam unser Strom rechnerisch zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien. Wir waren immer schon Stromexporteur. Unser Ziel ist, 300 % Erneuerbaren Strom zu erzeugen, um unseren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Die Neuausweisung von Vorrangflächen der Windkraft ist ein großer demokratischer Kraftakt, die intensive Beteiligungskultur ist in der Geschichte bisher beispiellos.

Industriepolitik

Wir haben eine Initiative zur Weiterentwicklung des Industriegebietes Brunsbüttel/Untere Elbe initiiert. Mit dem großen Programm Norddeutsche Energiewende „NEW4.0“ haben wir uns bundesweit an die Spitze gestellt, den Sektor Industrie mit der Energiewende zu verbinden.

Mobilität

Im Verkehr ist das Fahrrad ein zentrales Element der Zukunft. Ohne Fahrrad wird der öffentliche Personenverkehr auf dem Land nicht mehr darstellbar sein. In den Städten trumpfen Fahrrad und Pedelec mit Lärm- und Schadstofffreiheit auf. Mit Pedelecs ist E-Mobilität

in den Alltag eingezogen. Deshalb haben wir im Haushalt eine Million Euro verankert, um Fahrradstationen und innovative Fahrradkonzepte voranzubringen. Zudem haben wir mit 70.000 Euro aus dem Haushalt die Gründung des Vereins RAD.SH angeschoben, der die Interessen fahrradfreundlicher Kommunen bündeln wird. Die Gründung steht kurz bevor. Wir wollen den Anteil des E-Verkehrs auf der Schiene ausweiten. Von der Haustür bis zum Ziel: Elektromobil.

Tierschutz

Im Oktober hat die Landesregierung den ersten Tierschutzbericht seit 12 Jahren vorgelegt. Mit dem Gesetz zur Tierschutzverbandsklage ist endlich auch in Schleswig-Holstein eine lange Forderung des Tierschutzes gesetzliche Wirklichkeit geworden. Neu und sehr erfolgreich wird die Katzenkastration in Schleswig-Holstein aus einer Mischung öffentlichen und privaten Geldes gefördert. So kann hoffentlich das Elend der großen Population verwilderter Katzen verringert werden.

Mit dem Gefahrhundegesetz konnten Grüne Parteitagebeschlüsse umgesetzt werden: Kein Hund wird mehr allein aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse als Gefahrhund definiert. Stattdessen hat das neue Hundegesetz die Möglichkeit der Gefahrhundeklämung aufgrund von konkreten Verhaltensweisen von Mensch und Hund verschärft. Durch die allgemeine Kennzeichnungspflicht (Chippen) kann kein zu Weihnachten gekaufter Hund in den Sommerferien anonym an das Tor des Tierheims angeleint werden.

Themen: Innen und Recht



Von Burkhard Peters

Der Bereich Innen- und Rechtspolitik war insbesondere von Sicherheitsdebatten in Bezug auf Wohnungseinbrüche und Polizeistellen gekennzeichnet. Wir haben die Polizei in dieser Legislaturperiode sowohl sachlich als auch personell erheblich gestärkt, weit mehr als unsere Vorgängerkoalitionen. Im Bereich Wohnungseinbrüche deuten die letzten Erkenntnisse auf eine erhebliche Verbesserung der Lage infolge unserer Maßnahmen hin.

Wir haben ein fortschrittliches Versammlungsgesetz verabschiedet, das das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützt und polizeiliche Eingriffe an strenge Voraussetzungen knüpft.

Wir haben wichtige Reformen des Kommunal- sowie Wahlrechts vorgenommen, die einen Gewinn für die Demokratie bringen. Bezüglich des Wahlrechts haben wir eine ganze Reihe von Gesetzen verabschiedet, etwa zur Einführung eines Wahlrechts für betreute und behinderte Menschen.

Besonders hervorheben möchte ich zwei Projekte, die wir maßgeblich vorangetrieben und durchgesetzt haben: Erstens die Einführung einer Beauftragtenstelle für die Landespolizei, die Missstände sowohl innerhalb der Polizei als auch im Verhalten gegenüber Bürger*innen aufdecken, beheben und zwischen den Akteur*innen vermitteln kann. Diese Neuerung kann das Vertrauen in die Institutionen nachhaltig stärken, hilft der Polizei und ist mitnichten, wie die CDU in ihrem vordemokratischen Verständnis nicht müde wird zu kritisieren, ein „Misstrauensvotum an die Polizei“.

Wie sich herausstellt, hat unsere Polizeibeauftragte bereits in den ersten Monaten ihrer Tätigkeit eine Reihe von Fällen zu bearbeiten.

Das zweite Projekt ist natürlich die Einführung eines eigenen Strafvollzugsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein. Unser Gesetz ist sehr fortschrittlich im Vergleich zu anderen Bundesländern und wird unseren Vollzug maßgeblich verbessern, modernisieren und liberalisieren. In erster Linie zu nennen ist die stärkere Fokussierung auf Resozialisierung, Behandlungsvollzug, Übergangmanagement und Erhalt der familiären Bindungen.



Auch für den Rest der Legislaturperiode haben wir noch einiges auf dem Zettel: So befindet sich ein Entwurf für eine umfassender Reform unseres Informationszugangsgesetzes im Verfahren, der für die Bürger*innen mehr Transparenz staatlichen Handelns bringen soll. Außerdem bringen wir noch ein Gesetz auf den Weg, das die Veröffentlichung von Nebeneinkünften für Abgeordnete regeln wird.

Themen: Berufliche Bildung und Kommunales



Von Ines Strehlau

Die **berufliche Bildung** ist durch die Verlagerung in das Bildungsministerium deutlich gestärkt worden. Eine große Herausforderung bleibt: Den Übergangsbereich Schule-Beruf qualifizierend neu zu strukturieren, um mehr Jugendliche nach der Schule direkt in Ausbildung zu bringen. Hinzugekommen ist der Bedarf an Deutsch als Zweitsprache-Klassen (DaZ) und an Ausbildungsvorbereitung für die Geflüchteten.

Was machen wir?

1. Es werden fünf Modellprojekte für Jugendberufsaagenturen vom Land gefördert.

2. Die Berufseingangsklassen und das ausbildungsvorbereitende Jahr wurden mit Beginn dieses Schuljahres in der Ausbildungsvorbereitung Schleswig-Holstein zusammengefasst. Schule und Praxisanteile in Betrieben sind Bestandteil des Konzepts. So wollen wir die Jugendlichen zügig in Ausbildung vermitteln.

3. Unsere Grüne Idee, die berufliche Bildung in einem schleswig-holsteinischen Institut für berufliche Bildung (SHIBB) zusammen zu führen, ist sehr positiv aufgenommen worden. Im Herbst 2016 hat der Landtag deshalb das Ministerium einstimmig damit beauftragt, einen Gesetzentwurf und die Organisationsstruktur für das SHIBB zu erarbeiten. Somit kann das Institut bald nach den Landtagswahlen eingerichtet werden.

Gastschulabkommen

Seit Sommer 2016 gibt es ein neues Gastschulabkommen, das den Schulbesuch zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein ab dem kommenden Schuljahr erheblich vereinfacht. In Jahrgang 5 und 11 können die Schüler*innen auf eine Schule im Nachbarland wechseln.

Kommunales

Wir haben ein Gesetz zur Stärkung der Kommunalwirtschaft verabschiedet, das die erweiterte wirtschaftliche Betätigung der Stadt- und Gemeindewerke fördert, um die Energiewende auch auf kommunaler Ebene voranzutreiben. Außerdem haben wir die Gesellschafterversammlungen demokratisiert, indem nun nicht nur Bürgermeister*innen, sondern auch Mitglieder der Kommunalvertretungen Mitglied sein können.

In einem weiteren Gesetz zur Änderung des Kommunalrechts haben wir es stellvertretenden bürgerlichen Mitgliedern ermöglicht, an nicht-öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen, für die sie gewählt wurden, sowie die Einwohnergewichtung in den Amtsausschüssen gestärkt, ohne ihre generelle Größe zu ändern.

Und sonst noch?

Bei uns im Land ist mit Gemeindefusionen, Veränderungen bei den Ämtern und Verwaltungsgemeinschaften Bewegung in der kommunalen Landschaft. Ich bin mit Burkhard Peters und Bernd Voß bei uns im Land, in Rheinland-Pfalz und Niedersachsen unterwegs gewesen, um mich über die Kommunalstrukturen zu informieren. Wir überlegen, ob wir Elemente für Schleswig-Holstein übernehmen sollten.

Themen: Arbeit, Wirtschaft und Verkehr



Von Andreas Tietze

Armutsfester Lohn

Mit dem Tariftreuegesetz haben wir starke soziale und ökologische Grundsätze verankert. Der Vergabelohn von 9,99 Euro macht Schleswig-Holstein zum ersten Bundesland, das einen armutsfesten Lohn für Ausschreibungen des öffentlichen Sektors festlegt.

Politik für Gründer*innen

Wir arbeiten daran, die Startbedingungen für junge Gründer*innen und Startups zu verbessern. Das Förderregime richten wir stärker auf das Thema nachhaltiges Wirtschaften aus.

Aufbruch im öffentlichen Verkehr

Industrie und Haushalte senken ihre Emissionen, nur der Verkehr nicht. Für den Aufbruch im öffentlichen Verkehr haben wir unsere Strategie Netz25+ aufgelegt:



„Starke Linien mit flexibler Bedienung vor Ort“ und Elektrifizierung des Schienenverkehrs sowie gerechte Tarife im ÖPNV. Dafür werden wir im Jahr 2017 zusätzliche Mittel einsetzen.

Das Netz West macht den ersten Schritt: Zum neuen Fahrplan der Marschbahn bestellen wir für Brunsbüttel erstmals einen kreisübergreifenden Schnellbus im

Stundentakt. Solche „Starken Linien“ sollen als Grundgerüst landesweit den Kommunen die Möglichkeit geben, sich flexibel anzubinden.

Elektrische Züge sind schneller, leiser, billiger. Mit Regionalisierungsmitteln für Innovation und Infrastruktur holen wir bei der Elektrifizierung im Bahnverkehr auf. Bei der derzeitigen Ausschreibung von emissionsarmen Triebwagen kämpfen wir, zusammen mit Wissenschaft und Industrie, für Triebwagen gänzlich ohne Klimagase und Ruß!

Dazu bringen wir auch neue Konzepte für die Linien mit ein. Kiel – Lübeck ist der erste Fall, bei dem wir eine veraltete Planung den Bedürfnissen der Menschen angepasst haben. Weitere folgen.

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass es einen Mobilitätsfonds Mobilität und Innovation im Schienenpersonenverkehr (MOIN-SH) geben wird, das ist ein Grüner Erfolg!

Was nützen schöne Züge, wenn schon der Fahrkartenerwerb abschreckt? Wir verhandeln mit den Nachbarländern für einen gemeinsamen Nordtarif „ein Norden – ein Tarif“ und schieben das Semesterticket an. Darauf sind wir besonders stolz, können unsere Student*innen künftig von Flensburg bis nach Hamburg fahren.

Unsere Vision ist ein fahrscheinloser Nahverkehr.

Themen: Europa, Eine Welt, Verbraucherschutz und Landwirtschaft



Von Bernd Voß

Europa und Eine Welt

Mit drei Beschlüssen zu CETA und TTIP haben wir in der Küstenkoalition unsere Anforderungen an diese Verträge klar formuliert.

Neben zahlreichen Initiativen und Beschlüssen des Landtages zu Europa und Migration, dem europäischen Ausstieg aus der Atomenergie sowie der Zusammenarbeit der Regionen rund um die Nordsee konnten wir Eckpunkte in der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie setzen.

In der Ostseezusammenarbeit sind wir in der Ostseeparlamentarierkonferenz und im Parlamentsforum südliche Ostsee vertreten. In der inhaltlichen Arbeit dieser Ostseegremien haben wir erreicht, dass erstmals die Themen Landwirtschaft, ländlicher Raum und Umwelt Schwerpunkt geworden sind.

Verbraucherschutz

In der Zielvereinbarung mit der Verbraucherzentrale wurde deren Budget um 20 Prozent aufgestockt. Wir konnten durchsetzen, dass die Mittel des Landes weitgehend flexibel für die Co-Finanzierung von weiteren Projekten verwendet werden können. Neben einer Digitalisierung der Beratung sollen die Beratungsstellen im Land erhalten bleiben.

Die Weiterentwicklung der Organisation der Lebensmittelkontrolle ist ständige Herausforderung, in ihre bessere Finanzierung hat diese Regierung investiert. Unserer Initiative zur einfachen Kennzeichnung der Herkunft von Tierprodukten stimmte der Landtag zu.

Landwirtschaft

Wir haben die Umsetzung des neuen europäischen grünen Gentechnikrechts, einer Strategie für den Ökologischer Landbau und einer Eiweißpflanzenstrategie erwirkt. Damit konnten auch neue und erweiterte Programme für Agrarumweltmaßnahmen, Beweidung, Wiesen- und Gewässerschutz, Tierwohl und auch in der Bildungsinfrastruktur aufgebaut werden.

Die konsequente Reduktion des Pflanzenschutzmittelumsatzes und der Nährstoffeinträge hielt in der neuen Zielvereinbarung der Landwirtschaftskammer Einzug. Pflanzenschutz war im Landtag Inhalt unserer Anträge zu Glyphosat, zu Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln und in Gewässern.

Mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Landeswassergesetzes haben wir die Bebauung an Deichen, Steilküsten und Ufern sowie besonders in von Überflutung gefährdeten Gebieten neu geregelt. Auch die Herausforderungen des Klimawandels machen diese Anpassung erforderlich.

Mit unserem Antrag „Lohn Dumping in Schlachthöfen verhindern“ haben wir klare Kante gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen gesetzt. Unsere Strategien für eine neue Agrarpolitik haben durch unsere Initiativen Rückenwind erhalten.

Ländlicher Raum

Der Beschluss zum Nordtarif läutet Verhandlungen zu einem durchlässigen und transparenten Tarifgebiet im bisherigen NAH.SH- und HVV-Gebiet ein. Damit werden die Anforderungen an den ÖPNV in der Metropole und den ländlichen Regionen zusammengebracht.

Die Grüne Fraktion in der 18. Legislaturperiode

Eka von Kalben, Fraktionsvorsitzende und Sprecherin für Migration, Religion und Ehrenamt
eka.v.kalben@gruene.ltsh.de | www.facebook.com/eka.v.kalben | www.eka-von-kalben.de

Marret Bohn, parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Gesundheit und Soziales
marret.bohn@gruene.ltsh.de | www.facebook.com/marret.bohn | www.marret-bohn.de

Rasmus Andresen, stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Finanzen, Hochschule & Minderheiten
rasmus.andresen@gruene.ltsh.de | www.facebook.com/randresen | www.rasmus-andresen.de

Andreas Tietze, stellv. Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Arbeit, Wirtschaft und Verkehr
rasmus.andresen@gruene.ltsh.de | www.facebook.com/andreas.tietze1 | www.andreastietze.de

Anke Erdmann, Sprecherin für Schule und Kindertagesstätten
anke.erdmann@gruene.ltsh.de | www.facebook.com/anke.erdmann.52 | www.anke-erdmann.de

Bernd Voß, Sprecher für Europa, Verbraucher*innen und Agrar
bernd.voss@gruene.ltsh.de | www.facebook.com/berndv3 | www.bernd-voss.info

Marlies Fritzen, stellv. Landtagspräsidentin und Sprecherin für Umwelt, Naturschutz und Kultur
marlies.fritzen@gruene.ltsh.de | www.marlies-fritzen.de

Ines Strehlau, Sprecherin für Kommunales und Berufliche Bildung
ines.strehlau@gruene.ltsh.de | www.facebook.com/ines.strehlau | www.ines-strehlau.de

Detlef Matthiessen, Sprecher für Energie und Tierschutz
detlef.matthiessen@gruene.ltsh.de

Kontakt:

LANDTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Tel: (0431) 988 1500 | fraktion@gruene.ltsh.de | sh-gruene-fraktion.de | [facebook.com/gruenesh](https://www.facebook.com/gruenesh)
V.i.S.d.P.: Erik Sachtleber, Gestaltung: Bettina Aust